

»Nazis. Klima. Kapitalismus«

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen prägten die Wahlergebnisse 2019 zugunsten der Grünen und der AfD?

Am 26. Mai 2019 fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. EU-weit blieb für die Wahlentscheidung das Thema Rassismus, Geflüchtete und der Nationalismus maßgeblich. Es war entscheidend für den rechten Durchmarsch europaweit. Rechtsradikale erhielten in Italien mit der Lega von Matteo Salvini, in Frankreich mit der Partei Rassemblement National (RN, »Nationale Sammlungsbewegung«) von Marine Le Pen und in Ungarn mit der verdeckt faschistischen Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán jeweils die meisten Stimmen, in Ungarn erreichte die Fidesz-Partei sogar die absolute Mehrheit, die über 6 Prozent der offen faschistischen Partei Jobbik kommen noch dazu. Im neuen EU-Parlament zählen fast 25 Prozent der gewählten Abgeordnet*en zu rechtsradikalen Parteien.¹

Die Linken hatten europaweit keine Chance. Angesichts der von den Folgen der Weltwirtschaftskrise angetriebenen Deregulierung des kapitalistischen Marktes sowie der seit Jahrzehnten geschwächten oder zerschlagenen Kampfkraft der Arbeiter*innenbewegung und ihrer Gewerkschaften in den Zentren des Kapitalismus entstand eine Dynamik, in der sich die gesellschaftlichen Kräfte weiter nach rechts verschoben haben. In Griechenland verlor bei der Europawahl die linke Regierungspartei Syriza von Ministerpräsident Alexis Tsipras und lag mit knapp 24 Prozent 10 Prozent hinter der rechtskonservativen Nea Dimokratia (ND, Neue Demokratie), was im Juli 2019 zu Neuwahlen in Griechenland führte, bei denen Syriza abgewählt wurde. Griechenland benötigte in den letzten Jahren Geld aus dem Europäischen Stabilitätsfonds (ESM). EU-Kommission, Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) konnten daher eine restriktive Finanzpolitik (Austeritätspolitik) durchsetzen, die von der Syriza-Regierung umgesetzt werden musste. Beispielsweise wurden Renten immer wieder gekürzt.² Nach den Neuwahlen kann die Nea Dimokratia heute allein regieren.³ Auch die linksradikale Antarsya (»Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für die Revolution«) erreichte bei der Europawahl nur 0,7 Prozent.⁴

EU-Europa ist ein Projekt des Kapitals und dessen Verwertung ist weltweit in der Krise. 2007 begann die Weltwirtschaftskrise, die bis heute anhält und die soziale Abstiegsängste verstärkte. In Deutschland ist das Wahlergebnis Ergebnis der Vertiefung der sozialen Spaltung, die mit der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme durch die SPD/Grünen-Bundesregierung 1998 bis 2005 vorangetrieben wurde, sowie der Zerschlagung ostdeutscher Betriebe und kultureller Strukturen nach der sogenannten »deutschen Wiedervereinigung« vor 30 Jahren.

Die SPD/Grüne-Bundesregierung hatte bereits seit 2003 einen Verarmungsprozess eingeleitet, der die Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen vieler Lohnarbeitender und ausgegrenzter Menschen kontinuierlich verschlechterte. Die Ursachen liegen in der Agenda 2010 und in dem Hartz IV-Gesetz. Mit großen Steuererleichterungen für Kapital und Reiche und mit der

Enthemmung des Arbeitsmarktes zu einem Billiglohnarbeitsmarkt haben SPD und Grüne die Lage der Unterschicht und der unteren Mittelschicht weiter verschärft. Armut breitet sich dort seitdem aus.

SPD/Grüne handelten damals extremer als es CDU und CSU gewagt hätten. Heute sind die sozialen Grenzen fast undurchlässig. Eine Folge ist, dass heute der Anteil der Kinder aus proletarischen Familien, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, die studieren, geringer ist als noch vor 30 Jahren.⁵ Für Wohlhabende hingegen steht ein Heer von Billigarbeitskräften zur Verfügung, das ihr privilegiertes Leben noch bequemer macht.

Im Mai 2005 verlor bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die SPD ihre Mehrheit. Noch am Wahlabend forcierte Gerhard Schröder, damals Bundeskanzler der rot-grünen Koalition, Neuwahlen auf Bundesebene.⁶ Im Ergebnis dieser Wahl folgte die erste große Koalition von CDU und SPD unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gerhard Schröder selbst war in der Regierung nicht vertreten, die Grünen gingen in die Opposition. Die SPD wird heute nicht mehr als Partei für »soziale Gerechtigkeit« wahrgenommen und von vielen Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten nicht mehr gewählt. Ihr allein, nicht den Grünen, die in die Opposition geschickt wurden, werden die katastrophalen Auswirkungen von Agenda 2010 und Hartz IV zugeschrieben.

In Deutschland brannten im Sommer 2015, 23 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen, nahezu überall in Deutschland wieder Flüchtlingsheime. Hass und Gewalt drohte in Deutschland vollends außer Kontrolle zu geraten. Zuvor war monatelang Rassismus als »Asylkritik« verharmlost worden und Politiker*innen waren den angeblich »berechtigten Sorgen« der sogenannten »Wutbürger*innen« verständnisvoll begegnet. An den EU-Außengrenzen in Ungarn eskalierte von Seiten der ungarischen Regierung und von Rechtsradikalen die Gewalt gegen Geflüchtete, dennoch schafften es viele über die ungarische Grenze nach EU-Europa. 2015 schloss die Bundesregierung die offenen Grenzen nach Österreich nicht. Tausende Menschen, überwiegend aus Syrien oder Afghanistan, erreichten 2015 in wenigen Tagen die BRD. Viele Menschen halfen bei der Ankunft der Züge mit Geflüchteten, das Versagen staatlicher Organisation zu mildern.

Die Geflüchteten wurden als »Katastrophe«, »Flüchtlingskrise«, »Flüchtlingsdrama« oder »Lawine« stigmatisiert. Überdeckt von dem Appell der Kanzlerin »Wir schaffen das« wurden die kläglichen Überreste des Rechts auf Asyl im Herbst 2015 weiter eingeschränkt. Die Verabschiedung des »Asylpakets 1« hieß für die Asylsuchenden, bis zu 6 Monate – isoliert, ohne Privatsphäre und einem Arbeitsverbot unterworfen – in den sogenannten Erstaufnahmeeinrichtungen leben zu müssen, Menschen aus Albanien, Kosovo und Montenegro, die damals als sichere Herkunftsstaaten eingestuft wurden, sogar bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens, egal wie lange das dauerte. Zudem konnten nun die ihnen zustehenden Leistungen des soziokulturellen Existenzminimums gekürzt oder als Sachleistungen ausgegeben werden. Damit sich die von Abschiebung bedrohten Menschen nicht mehr vor ihren Abschiebungen retten können, wurde 2015 verboten, den Betroffenen den geplanten Termin mitzuteilen. Seither leben diese und ihre Familien in der ständigen Angst, immer und jederzeit von der Polizei abholt zu werden.⁷ Die Möglichkeiten, Menschen, die abgeschoben

werden sollen, wie im Knast einzusperrern, nur damit die Behörden die Abschiebungen dann durchziehen können, wurden ausgeweitet.

Innerhalb von nur sechs Wochen wurde 2015 die Gesetzesänderung durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. Die Grundgesetzänderung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts war 1993 nur mit den Stimmen der SPD möglich, damals war Oskar Lafontaine als SPD-Parteivorsitzender und Bundesratspräsident maßgeblich an der Demontage des Asylrechts im Grundgesetz beteiligt. Die grüne Bundestagsfraktion stimmten dagegen.

In der rot-grünen Koalition wirkten 2002 die Grünen am sogenannten »Zuwanderungsgesetz« mit, das weitere Verschärfungen für Asylsuchende vorsah. Um ein unbefristetes Aufenthaltsrechts in Deutschland zu bekommen, muss man nicht nur Deutsch können, sondern auch Fragen zu einer von Behörden frei erfundenen »deutschen Leitkultur« beantworten können. Das Gesetz scheiterte 2002. CDU-geführte Länder und Bayern, denen die Verschärfungen eigentlich nicht weit genug gingen, kippten über eine Klage beim Bundesverfassungsgericht die Abstimmung im Bundesrat und ließen damit die SPD/Grüne-Regierung auflaufen.⁸ Verändert trat das Gesetz letztlich 2005 in Kraft.

Im Oktober 2015 unterstützte die Bundestagsfraktion der Grünen durch ihre Enthaltungen die Asylrechtverschärfungen des »Asylpakets 1«, nur 10 der 63 grünen Parlamentarier*innen stimmten damals dagegen, die Fraktion der Linkspartei stimmte geschlossen mit Nein.⁹ Ohne die Zustimmung der Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg, in denen die Grünen mitregierten, wäre im Bundesrat das Gesetz gescheitert.

In den damaligen Debatten um die Asylpolitik und der Abschottung der EU-Außengrenzen wurde der Rechtsrutsch in der Gesellschaft 2015 offensichtlich. Parlamentarischer Ausdruck war bereits 2013 die Gründung der zunächst rechtskonservativen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD), von Beginn an mit einem rechtsradikalen Flügel. Die AfD gewann immer mehr Zustimmung in der Bevölkerung. Sie profitierte u.a. von Pegida. Die islamfeindliche und rassistische Organisation »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) wurde im Herbst 2014 in Dresden gegründet. In Dresden veranstaltete sie die ersten Demonstrationen gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik in Deutschland und Europa.¹⁰ In Sachsen, ihrer Hochburg, zog die AfD 2014 mit Frauke Petry an der Spitze mit knapp 10 Prozent in den Sächsischen Landtag ein. Der offen nationalistische und völkische Flügel übernahm immer mehr die Bundespartei. Im Juli 2015 traten Gründer wie Bernd Lucke oder Olaf Henkel aus der AfD aus. Seit Herbst 2015 macht Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und Landessprecher Thüringen, mit offen völkisch-nationalistischer Hetze gegen alles Fremde gemeinsame Sache mit Pegida.¹¹

Die Vorstellung von der Gleichwertigkeit der Menschen wird von immer größeren gesellschaftlichen Kreisen abgewertet, eine Selbstverständlichkeit war sie nie. In der Langzeitstudie »Deutsche Zustände«, die von Wilhelm Heitmeyer und seinem Team seit Jahren durchgeführt wird, wurde bereits 2010 aufgezeigt, dass von vielen Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness für alle nicht länger als leistbar angesehen wird. Teile der Mittelschicht privatisieren, sie halten den Abbau der sozialen Sicherungssysteme für richtig und die Lage schwacher sozialer Gruppen, z. B. Langzeitarbeitsloser, für selbst verschuldet.¹²

Ein stetiger Anstieg des Antisemitismus war ab 2008, in Teilaspekten bereits ab 2007, festzustellen.¹³ Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs sind antisemitische Einstellungen in Deutschland fest verankert. Durchgehend mindestens 20 Prozent der deutschen Bevölkerung sind antisemitisch.¹⁴ Antisemitismus ist oft versteckt und reicht von einer »Schlussstrichmentalität« hinsichtlich der deutschen Verbrechen an den Jüd*innen (sekundärer Antisemitismus) bis zu einem Israel-bezogenen Antisemitismus, der die Kritik am Staat Israel mit antisemitischen Stereotypen auflädt oder Vergleiche mit dem NS-Faschismus zieht.¹⁵

Die demokratische Basis wird kleiner. Das Bürger*innentum trägt zur »Vereisung des sozialen Klimas bei«. ¹⁶ Nach Heitmeyer ist offensichtlich für Teile der Gesellschaft das Autoritäre »attraktiv«, das heute mit der AfD von einem »autoritären Nationalradikalismus« bedient wird.¹⁷ Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wäre damals – wie heute – nur mit Beseitigung der strukturellen Ursachen der Weltwirtschaftskrise aufhaltbar gewesen.

2015 war die Studie zu dem Ergebnis gelangt, dass der »Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft« kommt. Soziale Bewegungen wie Pegida zeigten, dass sich individuelle Einstellungen radikalisiert hatten und auf die Straße getragen wurden. Es gibt einen »Zusammenhang von sozialer Desintegration und den Positionen, die im Rechtsextremismus, Rechtspopulismus angeboten werden.« Heitmeyer stellte fest, dass sich in Deutschland der »parteiliche Rechtsextremismus à la NPD« zu einem »bewegungsförmigen Rechtsextremismus« entwickelt hat.¹⁸

In Ostdeutschland radikalisierten sich diejenigen, die über die Zerschlagung der alten soziokulturellen Zusammenhänge nach 1989 unzufrieden waren, nach rechts. Die Hegemonie der Linkspartei als Vertreterin der scheinbar und wirklich zu kurz gekommenen des Ostens zerbröselte bis 2019 in allen Ostländern. Sie nahm keine eindeutige Position gegen die Zerschlagung der sozialen und kulturellen Infrastruktur mehr ein und konnte im Osten die Interessen ihrer Wähler*innen nicht mehr vertreten. Die Zustimmung der Linkspartei in Brandenburg zu einer sozialdemokratischen Verschärfung des Polizeigesetzes, einer Einschränkung der grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechte in der rot-roten Landesregierung machte die Linkspartei auch für viele Linke und linksliberale Wähler*innen unwählbar. Die Linkspartei schwenkte hier auf den Kurs »Freie Fahrt für den autoritären Staat« ein.¹⁹

Bei der Europawahl 2019 verlor die Linkspartei im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 100.000 Stimmen an die Alternative für Deutschland (AfD).²⁰ In Sachsen und Brandenburg wurde die AfD bei der Europawahl in fast allen Wahlkreisen stärkste Kraft, bundesweit erreichte sie 11 Prozent.²¹ Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg am 1. Oktober 2019 stürzte die Linkspartei auf 7,7 Prozent bzw. 10,7 Prozent ab, sie verlor in beiden Ländern zehntausende Stimmen an die AfD.²² 2004 lag das Ergebnis der damaligen PDS noch bei 23 Prozent in Sachsen und 28 Prozent in Brandenburg.²³

In Thüringen wurde die Linkspartei gegen ihren Abwärtstrend bei den Landtagswahlen am 27. Oktober 2019 mit 31 Prozent stärkste Partei. Sie hatte nur hier den Vorteil, den Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Landesregierung zu stellen. Bodo Ramelow verstand es, tatsächlich und scheinbar die Bedürfnisse der Mittelschicht auch in ländlichen Gegenden zu

befriedigen. Trotzdem reichte es für eine Mehrheit der Regierungskoalition aus Linkspartei/SPD/Grünen nicht mehr, da die SPD vier Sitze und die Grünen einen Sitz verloren haben.

Spätestens mit dem Bundestagswahlkampf 2017 wurde deutlich, dass Teile der CSU, Horst Seehofer ist Symbol dafür, und der CDU die AfD rechts überholen wollten. Im Mai 2018 verabschiedete der Bayerische Landtag trotz landesweiter Proteste ein neues Polizeiaufgabengesetz (PAG), das die Befugnisse der Polizei massiv ausweitet.²⁴ Die Unendlichkeitshaft, eine Vorbeugehaft ohne Zeitbegrenzung und ohne Straftat ist ein faschistisches Element.

Der Entwurf eines menschenverachtenden Psychatriegesetzes trug faschistoide Züge. Menschen mit psychischen Problemen wurden als Gefahr für alle stigmatisiert und sollten wie Straftäter behandelt werden. Die Daten von allen auf Anordnung eines Gerichts in die Psychiatrie eingewiesenen Menschen sollten in einer Datei gespeichert werden und diese zur Verfolgung von Straftaten genutzt werden können.²⁵ Menschen dürfen gesetzlich in Deutschland in eine psychiatrische Einrichtung ausschließlich dann zwangseingewiesen werden, wenn sie sich oder andere unmittelbar gefährden und sie aufgrund einer psychischen Erkrankung ihr Handeln nicht mehr abschätzen können. In Bayern sollte eine Zwangsunterbringung nun sogar möglich sein, wenn die »Selbstbestimmungsfähigkeit« aufgrund einer Erkrankung nicht eingeschränkt ist,²⁶ ausreichender Grund wäre zudem schon eine Gefährdung der »öffentliche[n] Sicherheit oder Ordnung«.²⁷ Damit wären Menschen, die sich einfach auffällig verhalten, angeheiterte Partygänger*innen oder Punks, der Willkür der Polizei ausgeliefert, nach deren Ermessen in der Psychiatrie weggesperrt zu werden, in der dann weitere individuelle Grundrechte eingeschränkt werden können. Der Entwurf musste nach Protesten in zentralen Punkten entschärft werden.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Bayern im Oktober 2018 zeigte die politische Zuspitzung der sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft. Die CSU scheiterte, sie verlor die absolute Mehrheit und erreichte mit 37,2 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1950.

Die CSU verlor Stimmen einerseits nach rechts an das Original, die AfD. Diese erhielt bei ihrer ersten Kandidatur in Bayern 10,2 Prozent der Stimmen. Andererseits gab die CSU Stimmen nach links an die Grünen ab.

Die Grünen wurden mit 17,6 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei. Sie konnten ihren Anteil mehr als verdoppeln, in Bayern eine Sensation. Die SPD verlor mit mehr als 10 Prozent dramatisch, nur ein gutes Drittel der Wähler*innen von 2013 wählte auch 2017 die SPD.²⁸ Die unteren Schichten gingen nicht mehr wählen oder wählten je nach Region vermehrt rechts, die AfD. Ca. 50 Prozent der AfD-Stimmen waren von ehemaligen CSU-Wähler*innen und Nichtwähler*innen. Das gute Abschneiden der rechtskonservativen Freien Wähler ermöglichte der CSU dann eine Regierungsbildung ohne die Grünen, die sich im Vorfeld bereits als willfähriger Regierungspartner angedient hatten, nun aber als »starke« Opposition ihr liberales und umweltfreundliches Image erhalten können.²⁹

Der gesellschaftliche Rechtsrutsch findet seinen Ausdruck in den Institutionen und Apparaten, den Regierungen und den etablierten Parteien. Die etablierten Parteien rutschten und

rutschen mit nach rechts. Auch die Grünen rutschen nach rechts. Wo sie mitregieren, wie in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Winfried Kretschmer, installieren sie den autoritären Staat mit. Polizeigesetze wurden und werden verschärft, die Befugnisse des Verfassungsschutzes ausgedehnt, staatliche Repressionsapparate ausgebaut und die Demokratie, die auf den Grundrechten fußt, abgebaut. Bei der Überarbeitung des Bildungsplans in Baden-Württemberg wurde 2016 nach landesweiten konservativen und homophoben Protesten statt der ursprünglich beabsichtigten Berücksichtigung von sexueller Vielfalt als Querschnittsaufgabe das Thema letztlich unspezifisch unter dem Titel »Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt« subsumiert.³⁰ Im Bundestag stimmte die grüne Fraktion für die Verlängerung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, wie die UN-Einsätze in Sudan und in Südsudan. Die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr am Kriegseinsatz der NATO in Afghanistan 2018 lehnten ca. 55 Prozent der grünen Abgeordneten ab.³¹

Das sehr erfolgreiche Abschneiden der Grünen im konservativen Bayern ist der Startpunkt des grünen Aufstiegs. Die Ängste des (links)liberalen Bürger*innentums vor dem rechten Hass, die körperlichen Übergriffe auf Geflüchtete, die Verrohung des gesellschaftlichen Klimas im Allgemeinen kann derzeit im etablierten Parteienspektrum scheinbar nur von den Grünen verwertet werden. Deren bürgerlich-fortschrittliches Image und das widersprüchliche Agieren in den verschiedenen Bereichen deckt deren ökologische, soziale und militaristische Verbrechen z. B. in der rot-grünen Koalition von 1998 – 2005 auf Bundesebene sowie auf Länderebene, dort wo sie mitregierten oder mitregieren, zu.

Spätestens 2018 wird für die Teile des Bürger*innentums, die sich nicht brutalisieren, der zunehmend bedrohliche Rechtsrutsch immer sichtbarer. Viele haben verstanden, dass sie selbst von der Rechtsentwicklung der Gesellschaft und der zunehmenden Brutalisierung betroffen sind und dass Solidarität unverzichtbar für ein möglichst gutes und freies Leben ist und diese gegen die Angriffe von rechts verteidigt und ausgebaut werden muss.

Breite Bündnisse, deren Spektrum von wertkonservativen bis linksradikalen Aktivist*innen reicht, unterstützten die humanitäre »Seebrücken«-Bewegung, die seit 2018 gegen die mörderische Akzeptanz kämpft, dass die europäischen Regierungen die Geflüchteten im Mittelmeer ertrinken lassen.

Ein Ausdruck dieser Entwicklungen war auch die »#unteilbar«-Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin für eine weltoffene solidarische Gesellschaft, gegen den Rechtsrutsch, Rassismus und Ausgrenzung mit über 240.000 Teilnehmer*innen.³² »#unteilbar« steht dafür, dass der Kampf für soziale Absicherung, für soziale Gleichheit mit dem Kampf gegen jede Diskriminierung, jeden Antisemitismus, Rassismus und Sexismus verbunden werden muss.

Seit Herbst 2018 haben sich 120 Städte und Kommunen in Deutschland über Ratsbeschlüsse zu »Sicheren Häfen« erklärt. Diese Städte, Gemeinden oder Landkreise wenden sich gegen die Kriminalisierung der Seenotretter*innen auf dem Mittelmeer, aber nur wenige lassen diesem Bekenntnis Taten folgen. 13 Städte, unter ihnen Berlin, Rostock, Freiburg, gründeten im Juni 2019 das Bündnis »Städte Sicherer Häfen« und erklärten in der »Potsda-

mer Erklärung«, dass sie, im Gegensatz zu Städten, die sich lediglich symbolisch als »Sichere Häfen« bezeichnen, tatsächlich zusätzlich Geflüchtete aufnehmen.³³

Für die Wahlergebnisse der Grünen bei der Europawahl 2019 wie auch bei den Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen war wesentlich auch das Erstarken der Klimaproteste seit 2015 verantwortlich, das in Deutschland Wähler*innen, insbesondere der Mittelschicht, beeinflusste.

2012 wurde erstmals der Hambacher Wald besetzt. Im Rheinischen Braunkohletagebau will der Betreiber RWE auch noch den Rest des uralten Waldes abbaggern. Aktivist*innen bauten Plattformen in die Bäume, die Polizei räumte im November 2012 das erste Mal. Nach jeder Räumung besetzten die Aktivist*innen immer wieder Bäume und bauten Baumhäuser.³⁴ Im Laufe der Auseinandersetzungen um die Rettung des Waldes wurde der Kampf gegen die Naturzerstörung auch mit antifaschistischen, antimilitaristischen und antikapitalistischen Forderungen, für eine solidarische Gesellschaft, verknüpft.³⁵ Nach dem Erfolg eines vorläufigen Rodungsstopps für den Hambacher Forst im Herbst 2018 ließ sich die Bewegung nicht befrieden.

2015 startete Ende Gelände. In dem Aktionsbündnis schlossen sich unter anderem Menschen aus den Anti-Atom- und Anti-Kohle-Bewegungen, aus dem Umfeld der Waldbesetzung im Hambacher Forst, aus klimapolitischen Gruppen und Bürgerinitiativen sowie größeren Umweltorganisationen zusammen. Die zentrale Forderung ist der sofortige Stopp der (Braun-)Kohleverbrennung. Als Mittel der Proteste wurden Aktionen des zivilen Ungehorsams wie die Besetzung von Abbaugruben, Kohlebaggern oder Gleisanlagen organisiert und durchgeführt. Tausende Aktivist*innen nahmen bisher an den eindrucksvollen Aktionen teil.³⁶ Die Aktionen der Aktivist*innen im Hambacher Forst und von »Ende Gelände« haben es geschafft, einen schnellen Kohleausstieg als eine notwendige Maßnahme gegen den fortschreitenden Klimawandel in die Köpfe der Menschen zu bringen.

Parallel zum Landtagswahlkampf in Bayern begann Greta Thunberg am 20. August 2018 in Schweden ihren Schulstreik. Mit starker medialer Unterstützung beteiligten sich in immer mehr Ländern immer mehr Schüler*innen an den »Schulstreiks für das Klima«. Die Bewegung »Fridays for Future« (FFF) begann in Deutschland im November/Dezember 2018 und brachte die Klimakatastrophe Ende 2018/Anfang 2019 endgültig in das Bewusstsein eines Großteils des Mainstreams der Bürger*innen.

Der Mainstream von FFF ist grün und wird durch die Jugendverbände unter anderem von BUND, Greenpeace und Grüner Jugend beeinflusst. Die deutschen Medien verstärkten die einseitige, systemimmanente »grüne Sicht« von FFF. Sie bauten die Studentin Luisa Neubauer, Stipendiatin der grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung,³⁷ zum Gesicht von FFF Deutschland auf. Anfang 2019 setzte FFF den politischen Schwerpunkt auf die Beeinflussung der Europawahl Ende Mai 2019.³⁸

Inzwischen ist Fridays for Future scheinbar eine internationale Massenbewegung, weltweit finden regelmäßige Aktionen statt.³⁹ Aber Milliarden von Menschen in Russland, China und auch in weiten Teilen Asiens und Afrikas haben keine Kenntnis von der Klimabewegung.

Neben anderen ruft FFF als maßgeblicher Akteur zu den Globalen Klimastreiks auf. Am 15. März 2019 fand der erste Globale Klimastreik statt, bei dem weltweit mehr als eine Million Menschen in 125 Ländern und in über 2.000 Städten an Aktionen teilnahmen.⁴⁰ Es folgte der Globale Klimastreik am 20./27. September 2019 mit über 7 Millionen Teilnehmer*innen in 185 Ländern,⁴¹ an der Demonstration in Berlin nahmen an die 270.000 Menschen teil.⁴²

Im Vorfeld der UN-Weltklimakonferenz vom 2. bis 13. Dezember 2019 in Madrid wurde zum 3. Globalen Klimastreik am 29. November 2019 aufgerufen. In Deutschland nahmen 630.000 Menschen an Demonstrationen und Aktionen in über 520 Orten teil, in 150 Ländern beteiligten sich Hunderttausende.⁴³ In Madrid demonstrieren am 7. Dezember 2019 dann Zehntausende.⁴⁴

In Deutschland wurden die Ängste vor der Klimakatastrophe und dem rechten Hass auch deshalb wahlentscheidend, weil es Teilen der links orientierten Mittelschicht materiell gut geht und sie diese materielle Sicherheit mit der Wahl linksradikalerer Parteien nicht aufs Spiel setzen wollten: Sie wählten die pragmatische Variante gegen diese Ängste, die Grünen. Vor der Tatsache, dass die Probleme nur mit der Aufhebung der Kapitalverwertung zu lösen sind, verschließen sie die Augen, weil es das materielle Wohlergehen stört.

Die relative materielle Sorglosigkeit vieler wird verstärkt durch eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit. Die vorhandenen sozialen Probleme werden durch den Niedriglohnsektor verdeckt und so Unterschicht und untere Mittelschicht befriedet. Diese Wähler*innen wandern resigniert in großer Zahl ins Nichtwähler*innenlager oder ins rechte Lager. Die SPD hat, verglichen mit der Bundestagswahl 2017, über zwei Millionen Wähler*innen an die Nichtwähler*innen verloren.⁴⁵

Die Grünen erscheinen in anderen Bereichen wie Frauen und LBGTQ relativ fortschrittlich. Sie sorgen einerseits dafür, dass die Reste des überschüssigen emanzipatorischen Erfolges der 68er-Bewegung in Gesetze gegossen werden. Andererseits wirken sie beispielsweise mit der Erweiterung der Ehe auf homosexuelle Paare an der Fortschreibung des konservativen Familienbildes mit,⁴⁶ statt die generelle Abschaffung der Ehe zu fordern. Die Grünen sind also teils aktiv am Rechtsrutsch des Staates beteiligt und arbeiten andererseits mit der Durchsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen in Randbereichen dagegen. In der Regierung Baden-Württembergs mit Winfried Kretschmann an der Spitze wurden Verschärfungen des Asylrechts im Bundesrat mitgetragen, Robert Habeck und Annalena Baerbock, seit Anfang 2018 Bundesvorstand der Grünen, forderten im Vorfeld der Europawahl ein schärferes Vorgehen gegen abgelehnte oder straffällig gewordene Geflüchtete.⁴⁷

Die Grundlage für den Erfolg der Grünen ist auch die Geschichtsvergessenheit durch den Zerfall des politischen Bewusstseins. Die Verbrechen der Grünen im sozialen Bereich mit der Durchsetzung der Agenda 2010/Hartz IV unter Schröder und die Aufgabe einer antimilitaristischen Position mit dem Aufruf zur deutschen Teilnahme am Jugoslawienkrieg 1999, mit der Relativierung der Shoa durch den damaligen grünen Außenminister Joschka Fischer,⁴⁸ sind vergessen, ebenso ihre Unterwerfung unter die umwelt- und klimaschädlichen Interessen der Auto- und Chemieindustrie oder der Dosenpfandfreibrief für mehr Plastikmüll. Die Grünen werden nach der Bayern-Wahl 2018 als der Schutzpatron gegen die Rechten, gegen die

Rechtswendung der Gesellschaft wahrgenommen und werden 2019 auch als parlamentarische Akteur*innen gegen die Klimakatastrophe gesehen.

Die gesellschaftliche Basis für die breite Bewusstseinsänderung hinsichtlich der Klimakatastrophe legten die Besetzer*innen im Hambacher Wald seit 2012 und die symbolstarken und medienwirksamen Aktionen von Ende Gelände an den Braunkohlebaggern und auf der Straße seit 2015. In den Umfragen spiegelte sich die Bewusstseinsveränderung wider. Thema Nr. 1 wurde zunehmend die Klimakatastrophe, sie beherrschte die öffentliche Diskussion. Die Probleme der Geflüchteten und das Sterben im Mittelmeer wurden in der öffentlichen Wahrnehmung abgewertet, so dass (versteckte) rassistische Töne aus den Grünen von Habeck, Kretschmann und Boris Palmer, (rechts-)grüner Oberbürgermeister von Tübingen, nur Streiflichter waren, die das Image der Grünen in links-liberalen Kreisen nicht mehr ankratzten und gleichzeitig bei neuen Wähler*innenschichten wie dem saturierten Bürger*innentum gut ankommen.

Verstärkend für den Aufschwung der Grünen kommt dazu, dass sie seit 2005 keine bundesweite Regierungsverantwortung hatten und die große Koalition mit ihrem Rechtsrutsch, der AfD folgend, verschlissen ist. Die Ängste vor der Zukunft gingen sämtlich auf die Mühlen der Grünen, am stärksten die Angst vor der Klimakatastrophe, aber auch vor Rassismus und Hass durch Antisemit*innen, Rassist*innen, Sexist*innen und Nazis. Auch die Restbestände des linksliberalen Bürger*innentums, die die FDP abgestoßen hatte, machten die Sogwirkung der Grünen unschlagbar.

Bei der Europawahl im Mai 2019 verdoppelten die deutschen Grünen fast ihr Ergebnis von 2014 auf 20,5 Prozent und lagen damit nur wenig hinter der CDU/CSU. Die SPD brach auf 15,8 Prozent ein. Der Einfluss der Klimabewegung und der Abruf der Klimaängste waren nur in Deutschland und dort nur in der Mittelschicht und Teilen der Oberschicht so stark. Europaweit konnten die Grünen im Vergleich zur Europawahl 2014 ihr Ergebnis nur um 3 Prozent verbessern.⁴⁹ In anderen EU-Ländern sahten rechtsradikale Parteien ab.

In dieser Gemengelage hatten Linke, egal ob revolutionär oder sozialdemokratisch, keine Chance. Das galt auch für die Linkspartei, die, verglichen mit der Bundestagswahl 2017, massiv Stimmen an die Grünen und das Nichtwähler*innenlager verlor und bundesweit nur 5,5 Prozent der Stimmen erhielt.⁵⁰

Diese veränderte Gesamtschau direkt vor der Europawahl Ende Mai 2019 wendete sich in Deutschland auch gegen kleinere Parteien oder radikalere Ökolog*innen. Erst kurz vor der Europawahl wurde der kleine antikapitalistische Flügel von Fridays for Future sichtbar und begann sich mit dem Ziel »System change, not climate change« zu organisieren.

Erstmals trat 2019 die Ökologische Linke (ÖkoLinX) bei der Europawahl an – eine Kandidatur gegen die rechte Front in Europa. Gegen Armut und Perspektivlosigkeit. Gegen Rassismus und Antisemitismus. Gegen die Klimakatastrophe.⁵¹ Mitglieder und Sympathisant*innen sammelten bundesweit über 5.000 Unterstützungsunterschriften für die Ökologische Linke und machten die Wahlteilnahme möglich.

In unserer Europaerklärung wurden unsere Positionen und die Personen, die kandidierten, vorgestellt. Die Liste mit über 30 Kandidat*innen wurde von Jutta Ditfurth angeführt. Mitglieder und Sympathisant*innen verteilten Hunderttausende der Europaerklärung der Ökologischen Linken, in der wir deutlich machten, dass der Kampf gegen Naturzerstörung nicht ohne den Kampf gegen die Rechte und Faschist*innen zu führen ist. Ziel war es, mit dem Wahlkampf die Ökologische Linke und unsere Positionen bekannter zu machen und mindestens einen Platz im Europäischen Parlament zu erreichen. Letzteres konnten wir nicht erreichen.

Die oben beschriebenen großen, objektiven Trends konnten wir nicht beeinflussen. Im Gegenteil, die Medien waren für uns und für Jutta Ditfurth völlig zu. Bei der Frankfurter Rundschau (FR) wurde zum Beispiel ein zugesagtes Interview wieder abgesagt. Linke Medien wie Jungle World (Ivo Bozic), junge Welt (DKP), Freitag und Neues Deutschland («Wir sind eine Parteizeitung + zu wenig Personal») hatten ein Interview abgelehnt. In der Jungle World wurde ein Artikel der Gruppe Theorie Organisation Praxis (TOP) Berlin bzw. einem Mitglied der Gruppe veröffentlicht mit folgender Linie: »... muss die Linke die realen Machtverhältnisse im Blick behalten. Das heißt nicht zuletzt, sich die Frage vorzulegen, welche Parteien der Kapitalfraktionen [!] sie übergangsweise strategisch unterstützen kann«. ⁵² Reformistische Illusionen für ein besseres Leben unter SPD und Grünen einerseits und ökonomische Abhängigkeiten von der Linkspartei und ihrer Rosa-Luxemburg-Stiftung andererseits sind die Grundlagen der Orientierung linker Medien in die Systemintegration.

Abgehoben hatte sich während des Wahlkampfs nur die taz, die eine Woche vor der Europawahl ein Interview mit Jutta Ditfurth veröffentlichte. Die linken Medien schienen auf die Linkspartei gesetzt zu haben und wollten eine mögliche Konkurrenz, Jutta Ditfurth, klein halten. Viel Unterstützung kam überraschenderweise aus anarchistischen Kreisen. Aber so riesig war diese Szene in Deutschland noch nie und sie ist zudem gespalten.

Die Medien hatten einen Hype für systemkonforme oder technokratische Parteien wie Volt oder Die Partei entfacht. Beide Parteien hatten zudem viel Geld für einen sichtbaren, bundesweiten Wahlkampf mit vielen Plakaten. Volt, die erst 2017 gegründet wurde, verfügte über große Spenden.

Unterschätzt haben wir die Auswirkungen des Rechtsrutsches der Gesellschaft auf die Wahlentscheidung von Linken. So hat die Zahl zynisch gewordener Linker, die aufgegeben haben für eine andere Gesellschaft zu kämpfen, zugenommen. Die zynische Männerpartei Die Partei war die Fortsetzung ihres Bewusstseins im parlamentarischen Bereich. Sexismus interessierte nicht, braune Flecken, Rassismus und Antisemitismus wurden weggebügelt. Die prominenten Kandidaten wurden z. B. von der »heute-Show« im ZDF gefördert. Nico Semsrott konnte dort vor der Wahl zweimal, Martin Sonneborn einmal auftreten. Jutta Ditfurth hatte seit der Auseinandersetzung mit Wolfgang Bosbach in der ZDF-Talksendung »Maischberger« im Juli 2017 in den öffentlich-rechtlichen Sendern ein unausgesprochenes Auftrittsverbot. Es war Teil einer staatlichen Machtprobe mit der aktionsfähigen Linken und der Antifa anlässlich der Bewertung der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg.

Relativ gut gelaufen sind die Auseinandersetzungen in den sozialen Medien. Allerdings haben wir den Wahlkampf in den sozialen Medien erst Mitte Januar 2019 begonnen und das war zu spät. Die Aufmerksamkeitskurve schoss erst eine Woche vor der Wahl für uns nach oben, z. B. bei YouTube. Zu spät, um in die Diskussionen im realen Leben noch hineinwirken zu können.

Ein zusätzliches Problem für ÖkoLinX war die späte Unterschriftensammlung und damit verbunden ein breiteres öffentliches Auftreten in neuen Milieus erst gegen Ende 2018. ÖkoLinX ist wenig bekannt, gerade bei jungen Wähler*innen um die 20. Nur in Frankfurt/Main ist ÖkoLinX teilweise auch im gesellschaftlichen Mainstream bekannt.

Gelungen ist die Mobilisierung in einigen Schwerpunkten von antifaschistischen und ökologischen Linken, wie in Göttingen oder dem Wendland. In einigen Bereichen mit höheren Ergebnissen waren auch die Plakate hilfreich, unsere Kandidatur bekannt zu machen, wie in Göttingen, wo für alle antretenden Parteien Klebeflächen kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden. Plakatieren scheint für kleine, bundesweit wenig bekannte Parteien auch in Zeiten des größeren Einflusses der sozialen Medien wichtig zu sein, um den Bekanntheitsgrad zu erreichen, der notwendig ist und um die für einen Sitz notwendigen 0,6 Prozent der Stimmen zu erhalten.

Das öffentliche Auftreten von Jutta in den östlichen Hotspots der Nazis, in Dresden, Leipzig, Jena und Chemnitz, hat Teile des linken und linksbürgerlichen Lagers mobilisieren können – dort, wo die Veranstaltungen mit viel Werbung organisiert wurden. Nur Chemnitz hatte keine Wirkung, da der Organisator praktisch keine Werbung gemacht hatte.

Ein Problem war auch das fehlende Geld. Nur wo es größere antiautoritäre, antifaschistische Zusammenhänge gab, Jutta häufiger auftrat und zudem unser Flugblatt verteilt wurde, konnte das fehlende Geld teilweise ausgeglichen werden.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die uns unterstützt haben. Wir haben es nicht geschafft ins Europaparlament zu kommen, aber wir haben wunderbare neue Menschen und Projekte kennengelernt, mit denen wir weiter zusammenarbeiten möchten. Allein dafür hat es sich gelohnt.

Und wir haben viel zu tun: Der Kampf gegen die rechte Front und die Klimakatastrophe geht weiter, so wie der gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Ausbeutung.
»Capitalism kills Climate« – Kapitalismus abschaffen!

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 14./15. Dezember 2019 in Köln**